

Erfolgreicher Auftakt – jetzt geht's an die Details

Fortsetzung der Besoldungsgespräche in der Staatskanzlei

„Der Auftakt ist gelungen, jetzt geht es an die Details“, fasste **Roland Staude**, Vorsitzender des DBB NRW das Gespräch mit der Landesregierung am 19. Mai 2020 in Düsseldorf zusammen.



Staatssekretär Nathanael Liminski, Finanzminister Lutz Lienenkämper, Manfred Lehmann, Roland Staude, Christian Friehoff, Michael Maatz, Armin Laschet, Hubert Meyers, Anja Weber, Frank Bethke, Jutta Endrusch, Maïke Finnen (von links); nicht im Bild: stellv. Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp

© Land NRW

sident **Dr. Joachim Stamp** und Finanzminister **Lutz Lienenkämper** mit den gewerkschaftlichen Spitzen.

Unter Einhaltung der wichtigen Abstands- und Hygieneregeln wurden erste Ansatzpunkte einer Attraktivitäts-offensive besprochen, darunter insbesondere die Themen Arbeitszeit bzw. Langzeitarbeitszeitkonten.

Diese sollen nun im Rahmen von Arbeitsgruppen ausgearbeitet werden, an denen sowohl Vertreterinnen und Vertreter von DBB NRW, DGB NRW und DRB NRW als auch der Landesregierung teilnehmen werden.

Am Gespräch nahmen teil:

- vonseiten der Landesregierung: Ministerpräsident Armin Laschet, Dr. Joachim Stamp, stellv. Ministerpräsident, Finanzminister Lutz Lienenkämper und Staatssekretär **Nathanael Liminski**, Chef der Staatskanzlei,
- vonseiten des DBB NRW: Roland Staude, 1. Vorsitzender, **Jutta Endrusch**, 2. Vorsitzende, **Hubert Meyers**, Mitglied des Vorstands, **Manfred Lehmann**, Vorsitzender der DSTG NRW. ■

Attraktivitätssteigerung für den öffentlichen Dienst. Trotz und gerade aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie ist der Deutsche Beamtenbund und Tarifunion zusammen mit dem DGB NRW und dem DRB NRW in die Gespräche mit der Landesregierung zu diesem Thema eingestiegen.

Vereinbart worden waren diese im Zuge der letzten

Besoldungsgespräche. Thema war die Attraktivitätssteigerung und insbesondere die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst.

Gerade die aktuelle Situation rund um die Corona-Pandemie mache wieder deutlich, wie wichtig ein funktionierender öffentlicher Dienst sei, betonte Roland Staude bei dem Gespräch. Nachdem im ver-

gangenen Jahr bereits die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten vereinbart worden war, soll nun in einem zweiten Schritt an einer Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes gearbeitet werden.

Hierzu trafen sich Ministerpräsident **Armin Laschet**, der stellvertretende Ministerprä-

3 Anspucken ist verachtenswert

Gewalt gegen Beschäftigte



3 Im Dialog bleiben

Gespräch mit Minister des Innern



4 Personalvertretung gehört in Krisenstab

Umgang mit Corona-Pandemie



Es muss etwas für die Zukunft des öffentlichen Dienstes in NRW getan werden

Roland Staude zu der Fortsetzung der Besoldungsgespräche

Das Magazin des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen hat Roland Staude als Teilnehmer an den Besoldungsgesprächen mit dem Ministerpräsidenten Armin Laschet zu den Hintergründen der Gespräche befragt.

DBB NRW Magazin: Herr Staude, der DBB NRW hat im Internet (www.dbb-nrw.de) am 19. Mai 2020 über die Fortsetzung der Besoldungsgespräche berichtet. Was sind die „Besoldungsgespräche“?

Roland Staude: Besoldungsgespräche gibt es in Nordrhein-Westfalen seit 2014. Aufgrund der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge für die Jahre 2013/2014 wurden diese auf Initiative des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen eingeführt. Ziel ist es, mit der Landesregierung Regelungen zur Übernahme des Tarifvertrages für die Länder (TdL) für die Beamtinnen und Beamten zu vereinbaren.

DBB NRW Magazin: Die letzte Vereinbarung mit der NRW-Landesregierung sieht doch eine Besoldungs- und Versorgungserhöhung von 1,4 Prozent in 2021 vor. Warum finden die Besoldungsgespräche dann nicht erst im kommenden Jahr statt?

Roland Staude: Im Jahr 2019 haben wir die Übernahme des Tarifvertrages auf den Besoldungsbereich für die Jahre 2019, 2020 und 2021 einvernehmlich beschlossen. Gleichzeitig wurde aber vereinbart, weitere Gespräche zur Steigerung der Attraktivität für die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter aufzunehmen. Dazu gehören unter anderem die Themen Gestaltung der Arbeitszeit und Belange besonders belasteter Beschäftigtensgruppen im öffentlichen Dienst.



Roland Staude (Bildmitte)



Staatssekretär Nathanael Liminski, Ministerpräsident Armin Laschet und Finanzminister Lutz Lienenkämper (von links)

DBB NRW Magazin: Wer nimmt an den Gesprächen teil, wie war die Gesprächsatmosphäre bei der Auftaktveranstaltung?

Roland Staude: An den Gesprächen nehmen für die Landesregierung der Ministerpräsident **Armin Laschet**, der stellvertretende Ministerpräsident **Dr. Joachim Stamp**, der Finanzminister **Lutz Lienenkämper** und der Chef der Stadtkanzlei, **Nathanael Liminski**, teil.

Für den DBB NRW nehmen die 2. Vorsitzende des DBB NRW, **Jutta Endrusch**, der Vorsitzende der DSTG NRW, **Manfred Lehmann**, der 2. Vorsitzende der komba nrw,

Hubert Meyers, und meine Person teil.

Als weitere Spitzenorganisationen für den öffentlichen Dienst nehmen auch der DGB NRW und der DRB NRW an den Gesprächen teil.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie hat das Auftaktgespräch in einer sehr sachlichen, aber verständigungsbereiten Atmosphäre stattgefunden.

DBB NRW Magazin: Wurden Ihre Erwartungen an die Fortsetzung der Besoldungsgespräche erfüllt? Wie geht es weiter?

Roland Staude: In der jetzigen wirtschaftlichen Situation müssen wir mit Augenmaß

und Weitsicht an die Dinge herangehen. Es war eine Auftaktveranstaltung, in der die Themenbereiche erstmal identifiziert wurden. Es war aber auch auf beiden Seiten deutlich erkennbar, dass für die Attraktivitätsoffensive und somit für die Zukunft des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen etwas getan werden muss.

Nunmehr wird in Arbeitsgruppen die berühmte „Schräubchenkunde“ betrieben und am Ende werden dann hoffentlich greifbare Verbesserungen für den öffentlichen Dienst in NRW stehen.

DBB NRW Magazin: Herzlichen Dank für das Gespräch. ■

Gewalt gegen Beschäftigte: Anspucken ist verachtenswert

DBB NRW beobachtet zunehmende Verrohung der Gesellschaft

Der Deutsche Beamtenbund und Tarifunion Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) begrüßt die Ankündigung von Innenminister **Herbert Reul**, Spuckattacken auf Beamtinnen und Beamte schärfer zu ahnden.



Das Anspucken einer anderen Person ist schon in einer normalen Situation demütigend und verachtenswert. In Zeiten von Corona könnte es zudem



vorsätzliche Körperverletzung sein. Eine schnelle und konsequente Ahndung solcher Taten ist entsprechend absolut geboten.

„Keiner kann in der heutigen Zeit mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, dass er oder sie nicht mit dem Coronavirus infiziert ist, denn selbst wer keine Symptome zeigt, kann durchaus ansteckend sein“, erklärt **Roland Staude**, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion Nordrhein-Westfalen. „Aus diesem Grund ist in der aktuellen Situation das Anspucken einer anderen Person nicht nur demütigend und verachtenswert, es könnte auch eine Gefahr für Leib und Leben sein.“

Der Fall einer verstorbenen Busfahrerin mache das nur allzu deutlich. Sie hatte sich durch eine Spuckattacke mit dem Virus infiziert und war an den Folgen verstorben.

Insgesamt beobachtet der DBB NRW eine zunehmende Verrohung der Gesellschaft. Diese äußert sich auch in einer zunehmenden Zahl von verbalen und körperlichen Angriffen auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.

In der aktuellen Zeit scheint es zudem eine Häufung von Spuckattacken gegen die Beschäftigten zu geben. „Diese Entwicklung ist besorgniserregend, denn sie macht deutlich, dass die Achtung vor dem Staat und seinen Bediensteten immer weiter schwindet“, so **Roland Staude**. Er hält ein schnelles und konsequentes Vorgehen für zwingend notwendig, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken – und zwar bei Spuckattacken genauso wie bei allen anderen Übergriffen. **JMJ**

Berufspolitik

Inhaltliche Nähe trotz räumlicher Distanz

Vorstandsgespräch im Ministerium des Innern NRW

Auch in schwierigen Zeiten im Dialog bleiben – so lässt sich der Tenor des Gesprächs beschreiben, welches der Vorstand des DBB NRW mit Innenminister **Herbert Reul** geführt hat. Denn trotz oder gerade wegen der aktuellen Ereignisse aufgrund der Corona-Pandemie gab es einige wichtige Themen, welche im Gespräch erörtert werden konnten.

Die aktuelle Situation stellt alle Menschen in Nordrhein-Westfalen vor große Herausforderungen, sowohl privat wie auch beruflich – darin waren sich die Gesprächsteilnehmerin und -teilnehmer einig.



Ministerium des Innern NRW: Andreas Bartsch, Erich Rettinghaus, Roland Staude, Andreas Hemsing, Innenminister Herbert Reul, Himmet Ertürk, Andrea Sauer-Schnieber

So sind zum Beispiel Polizistinnen und Polizisten, Ordnungskräfte und einige andere Beschäftigtengruppen gerade in der jetzigen Zeit häufig mit Aggression und Gewalt konfrontiert, etwa wenn sie Zusammenkünfte von Menschen auflösen müssen. Das Thema Gewalt gegen Beschäftigte ist zwar nicht grundsätzlich neu, wird durch die Beschränkungen und die aktuelle Situation aber zum Teil noch verschlimmert.

In vielen Städten gäbe es aus diesem Grund bereits so-

nannte Ordnungspartnerschaften, bei denen Polizei und Ordnungsamt zusammenarbeiten, z. B. in City-Wachen. Diese Konzepte müssten nun ausgeweitet und es müssten einheitliche Standards festgelegt werden, erklärte der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, **Roland Staud**, und stieß damit bei Innenminister Herbert Reul auf offene Ohren.

Doch auch privat stehen viele Beschäftigte momentan vor vielfältigen Herausforderungen. So haben beispielsweise zahlreiche Eltern – jetzt durch

die bevorstehenden Schulferien – Probleme, die Betreuung ihrer Kinder zu gewährleisten.

„Mancherorts wird in diesem Bereich schon viel möglich gemacht, aber in vielen Behörden können Eltern die Betreuung nur unter Nutzung von Urlaub und Überstunden sicherstellen – und auch hier sind die Möglichkeiten naturgemäß begrenzt“, erklärte Roland Staud. Sowohl der Bund als auch zahlreiche Länder hatten deswegen Regelungen erlassen, die Eltern unter bestimmten Bedingungen Sonderurlaub

zur Kinderbetreuung gewährleisten. In Nordrhein-Westfalen gibt es solche landeseinheitlichen Regelungen bisher nicht. Es heißt, man setze aktuell auf individuelle Regelungen in den einzelnen Dienststellen. „Das greife jedoch zu kurz, denn es zeigt sich, dass Theorie und Praxis hier oft auseinandergehen“, so Roland Staud.

Einigkeit herrschte dagegen im Gespräch darüber, dass die aktuelle Situation viel Bewegung in das Thema Digitalisierung gebracht hat. „Aktuell werden in vielen Behörden Möglichkeiten für Homeoffice

geschaffen, auch in Bereichen, in denen es vorher vielleicht nicht denkbar war“, so der DBB NRW Vorsitzende. Insofern sei die aktuelle Situation auch eine Chance, die Digitalisierung schneller voranzutreiben.

Vonseiten des DBB NRW nahmen am Gespräch teil: Roland Staud, 1. Vorsitzender, Andreas Bartsch, stellv. Vorsitzender, Himmet Ertürk, stellv. Vorsitzender, Erich Rettinghaus, stellv. Vorsitzender und Andrea Sauer-Schnieber, stellv. Vorsitzende.

JMJ

Corona-Pandemie

Personalvertretung gehört in den Krisenstab!

Vorsitzende von Personalräten über den Umgang mit der Corona-Pandemie in ihrer Behörde bzw. im Geschäftsbereich

Das DBB NRW Magazin hatte aus Anlass der Corona-Pandemie hochrangige Vertreter des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen befragt und diese in der Maiausgabe veröffentlicht. Nun wollen wir zwei Vertreter zu Wort kommen lassen, die das Ganze aus Sicht eines Personalrates sehen.

Gefragt wurden **Ingrid Straub (vdla gewerkschaft)**, örtliche Personalratsvorsitzende beim Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI), und **Thomas Quast (DSTG)**, Vorsitzender des Bezirkspersonalrates (BPR) bei der Oberfinanzdirektion Nordrhein-Westfalen (OFD).



Ingrid Straub ist Personalratsvorsitzende beim MKFFI und stellvertretende Vorsitzende der vdla gewerkschaft im Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen.

DBB NRW Magazin: Sind die Maßnahmen, die im Rahmen der Corona-Pandemie ganz konkret in Ihrem Hause ergriffen wurden, um zum einen den Geschäftsbetrieb sicherzustellen und zum anderen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen, aus Ihrer Sicht ausreichend?

Ingrid Straub (MKFFI): Zur Vermeidung von Sozialkontakten und damit einer unkontrollierten Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus zu begegnen, wurden landesweit Maßnahmen ergriffen, die unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeitswelt im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration haben.

Im Wesentlichen ist nur das Personal vor Ort, welches zur Aufrechterhaltung der Infrastrukturdienste und der zwingenden Organisation der Arbeit erforderlich ist. Alle anderen Beschäftigten verrichten ihre Tätigkeit überwiegend aus dem „Homeoffice“.

Die Eingangspost wird gescannt und per E-Mail verteilt. Entsprechende Regelungen zur Elektronischen Mitzeichnung wurden auf den Weg gebracht. Möglichkeiten zur Durchführung von Telefon- und Videokonferenzen wurden vereinfacht und erweitert.

Thomas Quast (OFD): Aus meiner Sicht sind die Maßnahmen ausreichend. Auch wenn es zu Beginn der Corona Pandemie etwas „geruckelt“ hat und teilweise improvisiert werden musste, war klar zu erkennen, dass die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung des Landes immer oberste Priorität hatte.



Thomas Quast ist Vorsitzender des Bezirkspersonalrates bei der OFD NRW und beratendes Mitglied der Landesleitung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Nordrhein-Westfalen.

Beeindruckend war für mich, in welcher kurzen Zeit OFD, Dienststellenleitungen und örtliche Personalvertretungen es geschafft haben, einen funktionierenden Notfallplan mit sehr viel Homeoffice aufzustellen. Ich hätte nicht gedacht, dass dies alles so gut funktioniert und wir „digital“ schon so weit sind. Großes Kompliment auch an das Rechenzentrum der Finanzverwaltung (RZF).

DBB NRW Magazin: Wurden die Maßnahmen rechtzeitig und umfassend von der Hausspitze gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommuniziert?

Ingrid Straub (MKFFI): Zeiten wie diese erfordern Mut, Flexibilität, Kreativität und ein besonderes soziales Miteinander. All dies ist nur mit einer rechtzeitigen, umfassenden und vor allem wertschätzenden Kommunikationskultur zu erreichen.

Thomas Quast (OFD): Ja und Nein – zu Beginn der Pandemie war die Kommunikation und die Beteiligung der Personalvertretung verbesserungswürdig. Ich hatte manchmal das Gefühl, dass das Landespersonalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen (LPVG) in diesen turbulenten Zeiten außer Kraft gesetzt worden war.

Mittlerweile hat sich alles eingespielt und die Kommunikation zwischen der OFD und dem BPR ist ausgezeichnet. Außerdem ist es zur ständigen Praxis geworden, dass am Ende einer Woche eine Mail der Hausspitze an den BPR und an die Dienststellenleitungen der Finanzämter mit aktuellen Informationen und Hinweisen zur Corona-Pandemie verschickt wird.

Dieses Handling finde ich gut, da so alle Beteiligten den gleichen Wissensstand haben/haben sollten. Ich sage bewusst auch haben sollten, weil es leider immer noch einzelne Finanzämter gibt, in denen die Dienststellenleitung diese Informationen der OFD nicht an die örtliche Personalvertretung bzw. die Bediensteten weitergibt. Dies ist sicherlich nicht im Sinne des Erfinders.

DBB NRW Magazin: Stichwort „Homeoffice“: In welchem Umfang kann und wird hiervon Gebrauch gemacht?

Ingrid Straub (MKFFI): Wir im MKFFI haben Anfang Dezember 2019 eine „Dienstvereinbarung über mobiles Arbeiten“ abgeschlossen mit dem Ziel, den Beruf mit den individuellen Lebensphasen und -formen der Mitarbeitenden in Einklang zu bringen. Mobiles Arbeiten wird grundsätzlich jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter ermöglicht.

Die für eine zielführende mobile Arbeit notwendige technische Ausstattung wurde beschafft. Organisatorische Schritte – wie z. B. die Einführung der E-Akte – wurden frühzeitig eingeleitet. Zeitgleich haben wir uns im MKFFI auf die Einführung einer SAP-basierten Zeiterfassung verständigt. Im Rahmen der IP-Telefonie wird neben dem Telefon u. a. die Software Cisco Jabber zur Verfügung gestellt.

Thomas Quast (OFD): Wenn meine Informationen stimmen, arbeiten in der Finanzverwaltung NRW ca. 25 Prozent der Kolleginnen und Kollegen derzeit im Homeoffice. Homeoffice erfreut sich großer Beliebtheit – auch wenn es manchmal schwierig ist z. B. die Kinderbetreuung mit den dienstlichen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. Hier wurde aber eine Lösung gefunden. Es gibt seit einigen Wochen die Möglichkeit,

bis 22 Uhr im Homeoffice zu arbeiten. So bekommen die Kolleginnen und Kollegen ein bisschen mehr Spielraum, private und dienstliche Interessen zu vereinbaren.

Diese Verlängerung der Arbeitszeit im Homeoffice kann aber nur eine vorübergehende Lösung sein. Es ist dringend erforderlich, dass hierüber Verwaltung und Personalvertretung gemeinsam eine Vereinbarung treffen, die einerseits das Wohl der Beschäftigten, aber andererseits auch die Arbeitsschutzregelungen berücksichtigt.

DBB NRW Magazin: Wie schätzen Sie die Akzeptanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die getroffenen Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie ein?

Ingrid Straub (MKFFI): Wir haben die Herausforderung gemeinsam angenommen und frühzeitig im Arbeitsumfeld neue Wege ausprobiert und weiterentwickelt. Das fördert die Akzeptanz, nicht allein in Krisenzeiten.

Thomas Quast (OFD): Ich bin mir ziemlich sicher, dass die bisher getroffenen Maßnahmen der OFD bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung NRW eine große Akzeptanz erfahren.

Die Belastungsprobe steht aber unmittelbar bevor. Wenn die Finanzämter wieder für den Publikumsverkehr geöffnet werden, muss der Schutz der Beschäftigten oberstes Ziel sein. Nur mit einem schlüssigen Sicherheitskonzept und den erforderlichen Schutzmaßnahmen kann sich die Personalvertretung vorstellen, die Finanzämter wieder vorsichtig zu öffnen. Mit einer vorschnellen Entscheidung der Verwaltung kann hier sehr schnell sehr viel Vertrauen verspielt werden.

DBB NRW Magazin: Nehmen wir an, die Corona-Pandemie ist überstanden. Welche Lehren werden Sie und welche sollte Ihr Haus ziehen?

Ingrid Straub (MKFFI): Getreu unserem Selbstverständnis als Personalrat: (Mit) Gestalten statt Verwalten sollten wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen.

Thomas Quast (OFD): Erst einmal hoffe ich, dass bald ein Medikament oder ein Impfstoff für das Coronavirus gefunden wird und wir wieder so leben können, wie wir es von vor der Pandemie kennen.

Insgesamt glaube ich, dass die Finanzverwaltung NRW im Zusammenspiel aller Beteiligten die Corona-Pandemie bisher gut gemeistert hat. Für eine zweite Welle oder eine andere Pandemie sehe ich uns, mit allen Erfahrungen aus und durch Corona, gut aufgestellt.

Meine Forderung ist aber, dass sowohl HPR als auch BPR zukünftig in den Krisenstäben vertreten sind. So würde die Personalvertretung die Informationen direkt bekommen und viele Telefonate oder Telefonkonferenzen wären überflüssig. Ich weiß, dass dies auf örtlicher Ebene in vielen Fällen bereits so praktiziert wird.

DBB NRW Magazin: Vielen Dank für das Gespräch und bleiben Sie gesund.

Das Interview wurde am 20. Mai 2020 geführt. ■

Kurz nachgefragt ...



... bei **Sabine Mistler**,
Landesvorsitzende
des Philologen-Ver-
bands Nordrhein-
Westfalen (PhV NW).

? **Sabine Mistler, wie sind die Abiturprüfungen unter „Corona-Bedingungen“ aus Ihrer Sicht gelaufen?**

Abitur 2020 – die ganz besondere Abschlussprüfung. Mit der Einstellung des Unterrichtsbetriebs ab 16. März 2020 begann eine heftige Diskussion um das Abitur. Sofort wurde die Forderung erhoben, auf die Durchführung der Prüfungen zu verzichten und die Abschlüsse einfach auf der Basis der „Vornoten“ zu vergeben.

Neben der berechtigten Sorge vieler Menschen um die Gesundheit unserer Schülerinnen und Schüler sowie unserer Lehrkräfte sahen einige gesellschaftlich relevante Kräfte hier vor allem eine willkommene Gelegenheit, das ohnehin ungeliebte Leistungsprinzip außer Kraft zu setzen und einem Einheitsschulsystem ohne Zensuren und Sitzenbleiben den Weg zu bereiten.

Die Landesregierung aber blieb auf Kurs und hielt, auch im Sinne der bundesweiten Vergleichbarkeit der Abschlüsse, an der Durchführung der Prüfungen fest. Der Philologen-Verband NW hat diese Linie unterstützt – unter der Prämisse, dass allen am Schulleben Beteiligten der bestmögliche Infektionsschutz garantiert würde.

Der Wiedereinstieg in den Unterricht der Abschlussklassen erfolgte aus Sicht des PhV NW zu schnell, weil an vielen Schulen die hygienischen Bedingungen nicht hinreichend waren. Außerdem wurde schon in der Wiedereinstiegsphase mit ihrer geringen Anzahl an Schülerinnen und Schülern deutlich, dass die Öffnung für weitere Jahrgänge aus schulplanerischer Sicht einen unglaublichen Aufwand nach sich ziehen würde.

Für die Lehrkräfte bedeutete die wochenlange Kombination aus Präsenz- und Distanzunterricht mit völlig neuen Medien angesichts der Kürze der Zeit, die für die Korrekturen und Prüfungen zur Verfügung stand, eine große Herausforderung.

Das Abitur ist aber dank des großartigen Einsatzes aller Beteiligten auch in diesem Jahr absolut „unauffällig“ verlaufen und die Absolventinnen und Absolventen können sich über einen allgemein anerkannten hochwertigen Abschluss und die Bestätigung ihrer schulischen Leistung freuen. ■



... bei **Stefan Behlau**,
Landesvorsitzender
des Verbands Bil-
dung und Erziehung
Nordrhein-Westfalen.

? **Stefan Behlau, ist die Wiederaufnahme des Schulbetriebs in Nordrhein-Westfalen gelungen?**

Corona zeigte und zeigt schonungslos die jahrelangen Versäumnisse, die erneut von engagierten Pädagoginnen und Pädagogen mit pragmatischen Mitteln irgendwie aufgefangen werden – so gut es eben geht. Plötzlich Lernen auf Distanz ermöglichen zu müssen, offenbarte allen Seiten, dass es an Infrastruktur, einheitlichen Geräten und Software sowie Konzepten für digitale Bildung und vorheriger Fortbildungen mangelt. Die Notbetreuung und damit verbundene Ausweitung für Schülerinnen und Schüler, die als gefährdet eingestuft werden, zeigt, dass es an Unterstützungssystemen für diese Kinder und Jugendlichen fehlt.

Es verdient Respekt und Anerkennung, was Schulen trotz Corona leisten. Dass die schrittweise Öffnung bislang – wenn auch mit vielen Einschnitten – gelingt, ist dem besonderen Engagement der Kollegien zu verdanken.

Damit das kommende Schuljahr gelingt, muss allen beteiligten Akteuren bewusst werden, dass es keine Wiederaufnahme ohne, sondern mit Corona ist und der Mix aus Präsenz- und Distanzunterricht erhebliche Investitionen erfordert. Schule ist nicht mehr, wie es sie bisher war. Um sie zu gestalten, muss sich die Haltung gegenüber Schule wandeln. Immer mehr einzufordern ohne Bedingungen dafür zu schaffen, funktionierte schon in der Vergangenheit nicht und führt zu fatalen Folgen, wenn Denkschranken nicht endlich überwunden werden.

Eine wichtige Grundlage für nötige Weichenstellungen ist das Positionspapier der Lehrerverbände des DBB NRW, das unserem Ministerpräsidenten Armin Laschet und unserer Schulministerin vorliegt. ■

DBB Jugend NRW geht in Corona-Krise kreative Wege

Jugendorganisation bietet Webinare an und startete T-Shirt Aktion

Das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 hat auch die Arbeit der DBB Jugend NRW kräftig durcheinandergewirbelt. Dem Kontaktverbot setzt die Jugend Webinare, Online-Konferenzen, digitale Gremiensitzungen und eine T-Shirt-Aktion entgegen.

Zum Schutz der Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer, der Referentinnen und Referenten und zur Eindämmung des Virus hat die Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen ihre Präsenzseminare ausgesetzt. Gleichzeitig wurde möglichst viel davon ins Internet verlegt, denn die Jugend will trotz allem für ihre Mitglieder da sein.

Seminare zu den Themen Tarifrecht, Beamtenrecht, gesunde Ernährung und Entspannung



finden nun online als Webinar statt und sind während der Einschränkungen durch das Coronavirus für die Mitglieder der DBB Jugend NRW kostenfrei. Auch Seminare zu ganz neuen Themen wurden kurzfristig ins Programm genommen – wie ein Sketchnote-

Webinar und eine digitale Schulung zum Thema Instagram.

Ihre alljährliche Sicherheitskonferenz führt die Beamtenschaft-Jugend in diesem Jahr als Online-Konferenz durch und auch die Gremiensitzung

des Landesjugendausschusses, die im März in der üblichen Präsenzform noch abgesagt werden musste, wird im Sommer auf digitale Weise nachgeholt. Und um ihren Mitgliedern auch in der Corona-Krise nah zu sein, startete die DBB Jugend NRW eine ganz besondere Aktion: Jeder, der wollte, bekam ein T-Shirt, das die Verbundenheit zum Verband auf besondere Weise zum Ausdruck brachte. Aufschrift: #teammagenta.

MK

Einkommensrunde 2020

Andreas Hemsing: Den Beschäftigten gebührt neben der Anerkennung eine faire Wertschätzung

Einkommensrunde 2020 mit Bund und Kommunen unter besonderer Berücksichtigung der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen



Andreas Hemsing bei einer Demo zu einer früheren Einkommensrunde

© F. Windmüller

Die dbb Bundestarifkommission (BTK) hat in ihrer am 3. Juni 2020 als Videokonferenz durchgeführten Sitzung die Optionen für die Tarif- und Besoldungsrunde

2020 diskutiert und bewertet. **Andreas Hemsing**, Vorsitzender der DBB NRW Tarifkommission und stellvertretender BTK-Vorsitzender, machte deutlich, dass

die letzten Monate spürbar gezeigt hätten, dass der öffentliche Dienst systemrelevant sei und auch unter schwierigsten Rahmenbedingungen die Infrastruktur der Bundesrepublik aufrechterhalten hat.

„Den Kolleginnen und Kollegen gebührt neben der Anerkennung eine faire Wertschätzung. Diese ist ohne Ausnahme eine dauerhaft zeitgemäße, attraktive und verbindliche Rahmenarbeits- und Einkommensbedingung“, so der Vorsitzende der DBB NRW Tarifkommission.

Das zu gewährleisten, ggf. mit einem Stufenplan um eine validierte Betrachtung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu gewinnen, sei in den Gesprächen mit den Arbeitgebern sicherzustellen, so Hemsing.

Die BTK hat aufgrund der Corona-Pandemie die Entscheidung über die Kündigung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) vertagt. Gleichzeitig wurde die Aufnahme von Sondierungsgesprächen mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) am 16. Juni 2020 beschlossen. Eine weitere Videokonferenz der Bundestarifkommission zur Bewertung der Sondierung und weiteren Beschlussfassung soll am 18. Juni 2020 stattfinden. ■

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (Vorsitzender), Telefon: 0211.491583-0, Telefax: 0211.491583-10, E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de, Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Joachim Klein

Redaktion: Johanna Muschalik-Jaskolk (JM) und Markus Klügel (MK)

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de, Verlagsort und Bestellanschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon: 030.7261917-0, Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen, Telefon: 02102.74023-0, Telefax: 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de, Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715, Anzeigenverkauf: Christiane Polk, Telefon: 02102.74023-714, Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712, Preisliste 42, gültig ab 1.10.2019, Ständige Beilage: dbb magazin, ISSN 1438-2989

Personalvertretungsrecht Nordrhein-Westfalen

Textausgabe für die DBB NRW Mitgliedsgewerkschaften kostenfrei erhältlich

Vor den – aller Wahrscheinlichkeit nach im vierten Quartal dieses Jahres – stattfindenden Personalratswahlen hat der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) eine Textausgabe zum Personalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen (LPVG NRW) herausgegeben.

In seinem Vorwort führt der Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**, aus, dass das Fernbleiben eines Themas bei Gewerkschaften selten so viel Erleichterung hervorgerufen hätte wie die Nichterwähnung des Wortes „Landespersonalvertretungsgesetz“ im Koalitionsvertrag von CDU und FDP 2017 in Nordrhein-Westfalen.

Die letzte Novellierung hat im Jahr 2012 die massiven Einschnitte in die Mitbestimmungsrechte wieder rückgängig gemacht und zudem noch einige Verbesserung gebracht. Seither seien große Veränderungen ausgeblieben, und das sei in diesem Fall tatsächlich auch

gut so, so Roland Staude in seinem Vorwort. Denn das aktuelle LPVG stelle eine gute Basis für die Arbeit der Personalrätinnen und Personalräte im öffentlichen Dienst dar.

Roland Staude: „Mit der vorliegenden Textausgabe des LPVG will der DBB NRW einen Teil zu der erfolgreichen Arbeit der Personalrätinnen und Personalräte aus den Mitgliedsgewerkschaften im Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen beitragen.“



Die Textausgabe kann ab sofort von den entsprechenden Fachgewerkschaften in der Landesgeschäftsstelle per E-Mail oder telefonisch bestellt werden. Neben dem vollständigen Gesetzestext ist auch die Wahlordnung zum LPVG in der Textausgabe enthalten.